

ZERBRICHT DIE EUROPÄISCHE UNION AM UKRAINE-KRIEG?

1. Das Wort der Stunde heißt „Geschlossenheit“

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 demonstrierte der Westen große politische und militärische Geschlossenheit. Mit den USA kam es zu einem transatlantischen Schulterchluss. Was der russische Präsident Wladimir Putin als „militärische Spezialoperation“ bezeichnete, wurde vom Westen als Angriff auf „elementare zivilisatorische Werte“ dargestellt, dem man geschlossen mit aller Macht entgegentreten muss. Immer wieder konnte man auch lesen und hören, Putin sei es, wohl gegen seine Absicht, gelungen, den Westen zu einigen.

Das Ziel seiner Politik hat der amerikanische Präsident Joe Biden vorgegeben, als er erklärte, es gehe darum, Russland zu besiegen und in Moskau einen „Regime-change“ herbeizuführen. Die Präsidentin der EU- Kommission, Ursula von der Leyen, hat in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union die europäische Einigkeit beschworen. Und in diesem Sinne hat der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg vor den Vereinten Nationen den russischen Einmarsch als einen „Assault against the rules-based international order“ scharf verurteilt. Von führenden Medien wurde verlangt, dass der Krieg „als Weckruf für die eigene Außen- und Sicherheitspolitik“ gesehen wird.(1) Von den USA, der EU und Großbritannien wurden für die Ukraine Hilfsmaßnahmen in einem noch nie da gewesenen Ausmaß beschlossen.

Dem politischen Gleichklang folgte die militärische Geschlossenheit. Die NATO, kurze Zeit vorher vom französischen Präsidenten Macron noch als „scheintot“ bezeichnet, erlebte eine neue Blüte. Hatte der französische Präsident auch immer wieder eine eigene Europa Armee gefordert, so wurde mit der neuen Rolle der NATO die volle militärische Vorherrschaft der USA in Europa wieder bestätigt. In diesem Sinne wurde dann auch im Jänner 2023 beschlossen, dass die EU und die NATO ihre Zusammenarbeit weiter verstärken wollen. Die Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen „soll auf die nächste Stufe gehoben werden“. Die ohnehin hervorragende Zusammenarbeit soll vertieft und auf neue Bereiche ausgedehnt werden, weil „die Sicherheit Europas bedroht ist“ (2). Dass aus der NATO, die während der ganzen Zeit des Kalten Krieges ein Defensiv-Bündnis war, eine offensive Allianz geworden ist, die ihre Raketen bis an die Grenze Russlands vorgeschoben hat, spielte dabei offensichtlich keine Rolle.

Heute lautet der Schlachtruf unter den NATO- Mitgliedern „gemeinsam für die Demokratie in der Ukraine kämpfen“. Dabei war „Demokratie“ nicht immer die erste Priorität der Organisation. Schon bei der Gründung 1949 war Portugal Gründungsmitglied, damals regiert vom Diktator Antonio Salazar. Dann unterstützten die USA den Militärputsch in Griechenland. Man wollte verhindern, dass eine linke, NATO- feindliche Regierung an die Macht kommt. Und die Türkei war auch unter verschiedenen Militärregierungen NATO- Mitglied. In der Zeit des Kalten Krieges stand eben der Kampf gegen den Kommunismus im Vordergrund.

Viele westliche Medien begrüßten, dass der Krieg in der Ukraine das transatlantische Bündnis gestärkt habe. Dabei haben die USA nach dem Sieg im Kalten Krieg und ihrem Bestreben, in allen Teilen der Welt die alleinige Vorherrschaft auszuüben, wesentlich zur Destabilisierung der internationalen Ordnung beigetragen. Die Misserfolge im Irak und das Debakel in

Afghanistan, die fehlgeschlagenen Interventionen in Libyen und Syrien, sollen nunmehr durch einen Sieg in der Ukraine wettgemacht werden. Unter dem Hinweis darauf, dass Europa seine Sicherheitsinteressen nicht autonom wahrnehmen kann, unterwarfen sich die europäischen Regierungen bedingungslos dem amerikanischen Führungsanspruch. Die dafür gegründete „Allianz der Demokratien“ ist gleichzeitig eine Allianz gegen den Rest der Welt. Die Frage ist, ob diese neue transatlantische Geschlossenheit nicht die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union derart einschränkt, dass diese nunmehr in eine Vasallen- Rolle gegenüber den USA gedrängt wird.

2. Die „Zeitenwende“ ist ein Salto rückwärts

Die Politik der Europäischen Union gegenüber der Ukraine wurde als „Zeitenwende“ bezeichnet, also als eine entscheidende Wende im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik. Das ist sie auch. Allerdings stellt sie einen Salto- rückwärts dar. Dabei wurden wesentliche Elemente jener Politik, die bisher die Legitimität der europäischen Integration gebildet haben, aufgegeben, ja in ihr Gegenteil verkehrt.

Das Projekt der europäischen Einigung war zu allererst ein Friedensprojekt, jetzt ist die EU dabei, den Krieg in der Ukraine zu eskalieren. Europäische Integration bedeutete von Anfang an Prosperität, mehr Lebensqualität für die Bürger der Union. Jetzt heißt es, „Opfer zu bringen, um Putin zu stürzen“ und dafür muss eine Verminderung der Lebensqualität in Kauf genommen werden. Eine eigene Europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte der EU einen gewissen autonomen Spielraum schaffen. Jetzt ist die völlige Unterordnung unter die USA wieder hergestellt.

2.1. 1000 Jahre lang war Außenpolitik macht Politik.

Es ging darum, die Macht des Souveräns, des eigenen Landes zu stärken. Als „groß“ in der Geschichte galt, wer andere Länder eroberte und seinen Herrschaftsbereich ausdehnte.

Es gab auch immer wieder Friedensprojekte. Erasmus von Rotterdam schrieb schon 1515: „Es sollte einmal unter den Herrschern ein Übereinkommen darüber getroffen werden, was jeder beherrschen solle.... Und einmal festgelegte Grenzen dürfen durch keine Verträge verschoben werden“ (3). Charles-Irenée Castel de Saint-Pierre schlug 1713 einen Europäischen Staatenbund vor, so dass alle künftigen Streitigkeiten ohne Krieg auf dem Weg eines Schiedsgerichtes ausgetragen werden. Und Immanuel Kant beschrieb in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ einen föderativen Staatenbund, der den Weltfrieden sichern sollte: demnach dürfen keine Staatsschulden gemacht werden, um aufzurüsten; kein Staat soll sich in die Verfassung und in die Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen; und kein Staat soll sich in einem Krieg solche Feindseligkeiten erlauben, die einen künftigen Frieden unmöglich machen.

Diese und andere Friedensprojekte blieben Theorie, bis es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer „Revolution in der europäischen Diplomatie“ kam. Mit der Gründung des Europarates wurde in den zwischenstaatlichen Beziehungen unseres Kontinents Konfrontation durch Kooperation ersetzt; das Streben nach Macht durch das Bemühen um mehr Prosperität; Welfare durch Warfare.

In den USA hat diese Revolution nie stattgefunden dort galt nach wie vor der Grundsatz „Foreign Policy without the backing of the Military is like a Baseball game without a Baseball bat“. Zwar haben die USA mit Beginn des Kalten Krieges die Aussöhnung zwischen Deutschen

und Franzosen unterstützt, weil beide Länder im Kampf gegen den Kommunismus gebraucht wurden. Aber nach der Osterweiterung der EU teilte der US-Verteidigungsminister Rumsfeld die EU in ein „altes“ und „neues“ Europa ein, wobei die früheren kommunistischen Länder, allen voran Polen und Balten, die Speerspitze im Kampf gegen Russland bilden sollten.

Man berief sich darauf, dass diese Länder bereitwillig eine aggressive Vorgangsweise gegen Russland unterstützten. Die NATO wurde 1500 km nach Osten bis an die Grenzen Russlands vorgeschoben. Die USA kündigten einseitig Abrüstungsverträge wie den ABM- Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen. In der Ukraine wurde 2014 ein Staatsstreich gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten unterstützt und das Land wurde massiv aufgerüstet. 2021 betrugen die Militärausgaben der Ukraine bereits 4 % des BIP zusätzlich lieferte Amerika warfen im Wert von \$ 2,5 Milliarden. Regelmäßig wurden NATO-Manöver an den Grenzen Russlands durchgeführt.

Nach der Intensivierung der Kämpfe im Februar 2022 hat, vielfach auf Druck der Medien, ein Wettlauf dahingehend eingesetzt, welches Land der EU die Führungsrolle bei den Waffenlieferungen in die Ukraine übernimmt. Aus einer Friedensunion wurde eine Kriegs-Allianz. Die dabei eingeschlagene Eskalation kann leicht nachvollzogen werden: hieß es zunächst immer, es würden „Defensivwaffen“ geliefert, so wurden sehr schnell aus „gepanzerten Fahrzeugen“ schwere Kampfpanzer. Dabei stellte die Regierung in Kiew immer wieder neue Forderungen. Nach der Zusage, dass Kampfpanzer geliefert werden, fordert Präsident Selenskyi jetzt Kampfflugzeuge.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock konnte jedenfalls zu Recht sagen: „Wir befinden uns im Krieg mit Russland“. Für die Rüstungskonzerne bedeutet all das nicht nur das große Geschäft, man hat auch ein neues Image als „Krisenhelfer“ bekommen. In der Ukraine wurde die Europäische Union Teil eines Stellungskrieges: man liefert die notwendigen Waffen, bildet dafür die ukrainischen Soldaten aus und übermittelt die Informationen der eigenen Geheimdienste.

Obwohl es sich um einen Krieg handelt, der zwischen zwei europäischen Staaten geführt wird, hat die EU nicht versucht, ernsthafte Friedensgespräche einzuleiten oder einen Waffenstillstand zu erreichen. Anstatt zu versuchen, im Sinne „europäischer Werte“ das Friedensprojekt Europa weiterzuführen, ist man auf den amerikanischen Weg der Militarisierung der Außenpolitik eingeschwenkt. Ein schwerer Schlag gegen einen Grundpfeiler der Legitimation der europäischen Integration.

2.2. Wirtschaftssanktionen statt Prosperität.

Jahrzehntelang hat die europäische Integration wesentlich dazu beigetragen, dass der Lebensstandard der Bürger in den Mitgliedstaaten entscheidend gestiegen ist. Offene Grenzen habe den Wettbewerb gefördert, die vom Europarat beschlossene Sozialcharta war die Grundlage dafür, dass die Marktwirtschaft soziale Rahmenbedingungen einhalten musste. Jedenfalls wurde die Prosperität Teil der Legitimität der Europäischen Union.

Nun wurden in den letzten Jahrzehnten Wirtschaftssanktionen die Lieblingswaffe der USA. Schon 2010 lebte ein Drittel der gesamten Menschheit unter Sanktionen, die von Washington verhängt worden sind. Die Vereinigten Staaten sind überzeugt, als stärkste Wirtschaftsmacht der Welt jeden Wirtschaftskrieg gewinnen zu können. Außerdem treffen Sanktionen Amerika

wesentlich weniger als Europa, weil das Land nicht so stark in die Weltwirtschaft eingebunden ist.

Schon vor der Intensivierung der Kämpfe in der Ukraine im Februar 2022 wurden gegen Russland „crippling sanctions“ verhängt, Sanktionen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Die russische Wirtschaft sollte noch vor Kriegsausbruch zum Erlahmen gebracht werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland war den Amerikanern schon lange ein Dorn im Auge. Immer wieder wurde gefordert, dass die Nord Stream2 Pipeline, die russisches Gas nach Europa befördern sollte, nicht in Betrieb genommen wird. Diese Pipeline, von der Präsident Biden sagte, „we will take it out“, wurde ja dann gesprengt; und es gibt viele Stimmen, die sagen, dazu wäre es auch ohne Krieg gekommen.

Nicht ganz verständlich ist, warum die Spitzen der EU die amerikanische Sanktionspolitik gegen Russland mit Begeisterung übernommen haben. Hat man die Auswirkungen auf Europa nicht oder zu wenig bedacht? Denn diese Auswirkungen sind gewaltig. So hat der „Economist“ im September 2022 unter dem Titel „Morgenthau’s revenge“ geschrieben, dass aufgrund der Sanktionen eine des Industrialisierung Deutschlands im Raume steht, die sich auf ganz Europa auswirken kann

Der Artikel nahm Bezug auf das Buch „Germany is our Problem“, das der damalige US-Finanzminister 1945 schrieb und in dem er verlangte, dass Deutschland in ein Agrarland ohne Industrie verwandelt sollte (5). Die nunmehr verhängten Sanktionen, so der Artikel, werden Deutschland vom günstigen russischen Erdgas abschneiden, das die Grundlage dafür bildete, dass die deutsche Wirtschaft überaus wettbewerbsfähig war. Tatsächlich sind nach den Sanktionen die Energiepreise für die Wirtschaft und für die Konsumenten dramatisch gestiegen, die Inflation wurde angeheizt, große und kleine Betriebe mussten schließen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit verbunden der Wohlstand der Bürger in Mitteleuropa wurden dramatisch beeinträchtigt. Im Gegensatz zu den seinerzeitigen Vorstellungen von Henry Morgenthau beträgt heute der Anteil der deutschen Industrieproduktion am BIP immer noch 27 %, verglichen mit je 17 % in Frankreich und Großbritannien. Die Frage ist nun, wie lange noch?

Laut einer Berechnung des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ kostet der Krieg in der Ukraine den Deutschen alleine im heurigen Jahr € 175 Milliarden, von 2020 bis Ende 2023 wird die deutsche Wirtschaft € 595 Milliarden einbüßen (6).

Dabei fehlt es nicht an warnenden Stimmen. Olivier Blanchard, früherer Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IMF) weist darauf hin, dass es den Regierungen mit gewaltigen Subventionen gelungen ist, die Kaufkraft der Konsumenten zu stützen. Gleichzeitig betont er aber, dass es auf Dauer nicht möglich sein wird, den Krieg in der Ukraine mit Schulden zu finanzieren. Zurzeit trägt die permanente Diabolisierung Putins noch dazu bei, dass die Menschen bereit sind, Opfer zu bringen. Dennoch stellt sich die Frage, wie sich der Wohlstandsverlust auf eine Institution auswirkt, deren Legitimität auch darin besteht, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

2.3. Vasallenrolle gegenüber den USA

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sollte eine weitere Legitimation für die Europäische Union sein, als sie Europa eine gewisse Autonomie in dem internationalen Bild jungen ermöglichen könnte. Die GASP wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1993

beschlossen. Damals sind die Regierungen übereingekommen, durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit die gemeinsamen Interessen besser zu vertreten. Frieden und Sicherheit sollten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki gestärkt und Konflikte verhindert werden. Kam es unter Präsident Donald Trump immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, so wird seit dem Amtsantritt von Joe Biden die transatlantische Verbundenheit neuerlich beschworen.

Dabei zeigte auch die neue US-Administration sehr bald, dass auch für sie amerikanische Interessen im Vordergrund stehen. Der Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 erfolgte, ohne dass die europäischen Verbündeten rechtzeitig informiert worden wären. Und der im Herbst 2022 beschlossene „Inflation Reduction Act“, offiziell ein Gesetz zur Verminderung der Inflation, subventioniert die amerikanische Autoindustrie in einer äußerst protektionistischen Weise. Keine Rede davon, dass europäische Firmen und Exporte in Amerika so behandelt werden, wie amerikanische Unternehmen und Ausfuhren in der EU.

Nun haben die USA durch ihr jahrelanges Drängen, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärft. Washington und London haben sich gegen eine Neutralität der Ukraine ausgesprochen. Ukrainisch-russische Friedensgespräche im März 2022 wurden torpediert. Dennoch unterstützt die EU-Spitze bedingungslos die amerikanischen Kriegsziele in der Ukraine. Obwohl es sich um einen Krieg handelt, der auf europäischem Boden zwischen zwei europäischen Staaten ausgetragen wird, wurde von der EU nichts unternommen, um eine diplomatische Lösung zu finden. Im Gegenteil, man folgt bedingungslos der von Washington vorgegebenen Militärstrategie.

Dabei gibt es in den USA selbst sehr wohl Überlegungen darüber, was ein langer Krieg in der Ukraine kostet, was sich für die USA auszahlt und was nicht. Die RAND-Corporation, ein Think-Tank mit dem Ziel, die US-Streitkräfte zu beraten, hat in einer Studie festgehalten, dass man sehr wohl überprüfen muss, ob ein Krieg, der sich bis 2025 hinzieht, noch den nationalen Interessen der USA entspricht. Die Schlussfolgerung: die USA können auch von Kampfhandlungen, die sich über Jahre hinziehen, profitieren, schon deshalb, weil sich dadurch die Militärausgaben der Europäer erhöhen und ihre Wirtschaft gleichzeitig von der Russlands abgeschnitten bleibt. Gleichzeitig muss man aber auch die Kosten für Amerika bedenken: ein längerer Konflikt könnte die NATO noch mehr in den Krieg hineinziehen und bringt das Risiko eines Atomkrieges mit sich. Vor allem verschlingt er jene Mittel, die dann in der Auseinandersetzung mit China fehlen. Deshalb empfiehlt die Studie, den Krieg nicht weiter zu eskalieren und schlägt letztlich Verhandlungen vor (7).

Es stellt sich daher die Frage, ob die Europäer ihre Interessen genauso deutlich formulieren oder sich weiter bedingungslos den USA unterwerfen, wie das bei anderen Konflikten der Fall war.

3. Wohin führt der Weg?

3.1. Die Kriegsziele werden immer deutlicher

Während es in der offiziellen westlichen Propaganda heißt, beim Krieg in der Ukraine geht es um „unsere Werte“, um Freiheit und Demokratie, werden die tatsächlichen Kriegsziele immer deutlicher: es geht um Machtpolitik in der Region, die sehr wohl globale Auswirkungen hat.

Russland will keine feindlichen Raketen an seinen Grenzen haben, die in wenigen Minuten Moskau erreichen können. Russland will die Einhaltung der seinerzeit von Außenminister James Baker beim Gipfelgespräch in Malta gemachten Zusagen, als er erklärte: „Wenn wir auch in Deutschland weiter militärisch präsent sind, es wird keine Ausweitung der NATO Richtung Osten geben, nicht einen Inch“ (8) Tatsächlich wurde die NATO 1500 km ostwärts bis an die russische Grenze vorgeschoben. Und die Ukraine wurde in den letzten Jahren aufgerüstet, als wäre das Land bereits ein NATO Mitglied .

Kein Wunder, dass Präsident Putin noch im Dezember 2021 Sicherheitsgarantien und eine Sicherheitszone für sein Land verlangte. Demnach sollte die Zahl der NATO -Streitkräfte begrenzt und amerikanische Atomwaffen abgezogen werden. Vergleicht man diese Vorschläge mit der Monroe-Doktrin, wonach sich überhaupt keine ausländische Macht in Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre einmischen darf, sehen die russischen Vorstellungen eher bescheiden aus. Und wie immer man die ukrainische Geschichte sieht: die Ukraine war länger ein Teil Russlands als Texas ein Gliedstaat der Vereinigten Staaten. Wie die USA reagieren, wenn eine ausländische Macht an ihren Grenzen aufrüstet, hat man während der Raketenkrise auf Kuba gesehen.

Tatsächlich haben die USA in den letzten Jahrzehnten die Schwäche Russlands brutal ausgenutzt: 1999 wurde Serbien, ein Verbündeter Russlands, bombardiert. Durch verschiedene „Farben Revolutionen“ wurden pro- russische Regierungen gestürzt und durch eine US- freundliche ersetzt. Und 2014 kam es zum Putsch in Kiew, der einen demokratisch gewählten, pro- russischen Präsidenten durch einen pro- westlichen ersetzte. Das alles hat nicht zur Verbesserung der Ost- West- Beziehungen beigetragen. Mit der weiteren Aufrüstung der Ukraine wurde für Moskau eine „rote Linie“ überschritten.

Auch die amerikanischen Kriegsziele sind klar zutage getreten: die Ukraine muss weiter ein amerikanisches Protektorat bleiben; Russland muss zerstört oder zumindest stark geschwächt werden; der Rest Europa muss politisch, wirtschaftlich und militärisch bedingungslos die amerikanische Vorherrschaft anerkennen. Die Eliten in den USA sehen das ganz klar. Diese realpolitischen Ziele werden aber damit umschrieben, dass man „für die liberale, auf Gesetzen basierende Ordnung“ in der Welt kämpft, also für das Gute und gegen das Böse.

Dieser Kampf wird in einem großen historischen Zusammenhang gesehen. So auch Robert Kagan in seinem neuen Buch „The Ghost at the Feast: America and the Collaps of World Oder, 1900-1941“, in dem er ausführt, dass die „liberale Ordnung“, die der Welt offene politische Systeme und Marktwirtschaft brachte, durch die Macht der USA geschaffen wurde und durch diese Macht erhalten werden soll (9). In diesem Zusammenhang wird auch der Krieg in der Ukraine gesehen. Amerikas Aufgabe ist es eben nicht nur, das eigene Land zu verteidigen, sondern „die Werte der freien Welt“, wo auch immer sie gefährdet sind. Dass es bei der Verteidigung der “Werte“ gleichzeitig um handfeste politische, wirtschaftliche und militärische Interessen geht, ergibt sich von selbst. Aber aus innenpolitischen Gründen, um die Bürger für die vorgegebene Politik zu gewinnen, müssen die Gestalter der amerikanischen Außenpolitik die Werte in den Vordergrund stellen.

So heißt es in der westlichen Propaganda, dass es im Ukraine-Krieg um die Souveränität des Landes, um Demokratie, ja um die Rettung der „Freien Welt“ geht. Würden die Ukrainer, so kann man täglich lesen und hören, nicht für uns kämpfen, würde Putins Armee bis Lissabon durchmarschieren

Doch um welche Souveränität geht es in der Ukraine? Von Victoria Nuland, jetzt stellvertretende US-Außenministerin, wissen wir, dass in Washington bestimmt wird, wer in Kiew regieren darf. Und ohne amerikanische Unterstützung würde der Krieg an einem Tag beendet sein. Was die Demokratie betrifft, so wird in der Ukraine nicht nur die große russische Minderheit massiv unterdrückt, auch allen anderen nationalen und religiösen Minderheiten wird der Gebrauch der eigenen Sprache und die Pflege der eigenen Kultur untersagt.

Bei diesem Krieg geht es eben nicht um Werte, sondern darum, dass die Ukraine in der machtpolitischen Sphäre der USA bleibt. Damit hat der Krieg in der Ukraine eine ganz entscheidende globale Dimension: Können die USA auch in Zukunft die Machtverhältnisse in der Welt alleine bestimmen oder gibt es eine Verschiebung hin zu einer multipolaren Welt.

Deshalb hat Washington ganz entscheidend zur Eskalation der Kämpfe beigetragen, dazu, dass heute schon von einem amerikanisch-russischen Krieg gesprochen werden kann. Dies auch deshalb, weil die modernen, von den USA gelieferten Waffensysteme, jedenfalls voll und ganz in die amerikanische Informationstechnologie eingebunden sind. So konnte das Flaggschiff der russischen Schwarzmeer-Flotte, die Moskwa, nur mithilfe der Informationen der amerikanischen Geheimdienste versenkt werden. Aufgrund dieser Vernetzung werden russische Soldaten, die ihre eigenen Mobiltelefone verwenden, regelmäßig in die Luft geblasen; genauso wie eine Gruppe von russischen Generälen, die aufgrund von US-Geheiminformationen identifiziert werden konnten.

Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, den Krieg so weit zu eskalieren, bis er, wie von Kiew gewünscht, zum Dritten Weltkrieg führt? Das ist keine theoretische Frage. Von Kriegsbefürwortern auf der ukrainischen Seite wird immer wieder betont, „wir befinden uns seit langem im Dritten Weltkrieg“. Die demokratischen Länder müssen das endlich verstehen und entsprechend handeln (10). Aber diese Realitäten entsprechen keinesfalls dem Narrativ, das offiziell als Begründung für die Unterstützung des Krieges durch den Westen dargelegt wird. Damit wird die Legitimität der westlichen Politik im Ukraine-Krieg ganz entscheidend infrage gestellt.

3.2. Journalismus als Ideologie

schon vor einiger Zeit haben die beiden französischen Journalisten Philippe Cohen und Elisabeth Levy die Entwicklung ihres Berufsstandes analysiert (11). Dabei kamen sie zum Schluss, dass der Journalismus eine Ideologie geworden ist, ja als solche den Kommunismus abgelöst hat. Jetzt ist es der Journalismus, der festlegt, was und wie gedacht werden darf. Aus Information wurde Indoktrination. Aus Journalisten, so die Autoren, sind Prediger geworden, die immer auf der Seite des Guten stehen und gegen das Böse kämpfen. Abweichende Meinungen sind nicht mehr erlaubt. Aus einer Profession wurde eine Mission.

Haben Philippe Cohen und Elisabeth Levy ihre Beobachtungen noch aus den Balkan-Kriegen gewonnen, wo die Scherben das Böse, die Kroaten bzw. Bosnier die gute Seite verkörperten, so kann heute dasselbe Muster auf den Ukraine-Krieg übertragen werden: demnach führt Putin einen Angriffskrieg, „der in keiner Weise provoziert wurde“, obwohl die Neuordnung in Europa seit Jahrzehnten gegen Russland aufgebaut worden ist. Regierungen, die mit Waffenlieferungen zögern und sich nicht an der Eskalation des Krieges beteiligen wollen, werden beschuldigt, „dem Ansehen ihres Landes zu schaden“. Auf der anderen Seite wird der ukrainische Präsident Selenskyi als „der wohl populärste Staatschef der Welt“ bezeichnet,

obwohl Millionen seiner Bürger aus dem Land fliehen, was nicht gerade ein Vertrauensbeweis ist.

Wie sehr sich der im „Notre métier a mal tourné“ dargelegte Trend intensiviert und verstärkt hat, zeigen Leonard Downie und Andrew Heyward von der Walter Cronkite School of Journalism and Mass Communication der Arizona State University. In ihrer Studie „Beyond Objectivity“ argumentieren sie, dass journalistische Objektivität eine Sache von gestern ist und dass führende Journalisten diese Meinung heute teilen. Objektivität kann zu einer falschen Ausgewogenheit führen, was abzulehnen ist, wenn eine Seite das Gute, die andere aber das Böse verkörpert. Heute muss es um Wahrheit gehen, um Engagement für den Umweltschutz, die Gleichberechtigung von Benachteiligten und Minderheiten. Dafür braucht man mehr Diversität bei der Auswahl der Journalisten, verbunden mit mehr Gleichklang bei den getroffenen Aussagen. Vielfalt bei den Akteuren, aber keine Meinungsvielfalt.

Im Gegensatz dazu hat Karl Jaspers in seinem Buch „Lebensfragen der deutschen Politik“ noch geschrieben: „objektive Information soll die eigene wertende Auffassung mitteilen und dazu die fremden Wertungen berichten, die ihrerseits geistige Tatsachen sind“ (12). Dass es sich bei der Frage, ob Journalismus objektiv sein soll, weit über den Medienbereich hinaus um eine Grundfrage der Demokratie handelt, zeigt eine Gallup- Umfrage über „Vertrauen in Institutionen“ in den USA. Demnach vertrauen heute nur mehr 11 % der Amerikaner den, was sie in ihren Zeitungen lesen, 53 % haben kein Vertrauen mehr. 2002 erklärte noch 35 %, sie hätten Vertrauen in ihre Zeitungen. Daraus ersieht man wohl, dass die Frage, ob sich Berichterstattung an „Objektivität“ orientieren soll oder nicht, sehr wohl auch eine Frage der Legitimität einer essenziellen Institution unserer Demokratie ist. Der Verlust dieser Legitimität könnte sich sehr wohl auch auf die Institution, über die berichtet wird, also auf die Europäische Union, auswirken.

3.3. Was können wir vom Ersten Weltkrieg lernen?

Der Stellungskrieg in der Ost- Ukraine wird immer wieder mit dem Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg verglichen: gewaltige Opfer bei geringen Gebietsgewinnen. Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe von anderen Parallelen, die sich zwischen dem „Großen Krieg“ und dem Krieg in der Ukraine aufdrängen: jene Gruppen im Deutschen Reich, die jeden Verhandlungsfrieden ablehnten und auf einen „Siegfrieden“ drängten, haben ganz entscheidend zum Desaster ihres Landes beigetragen. Habsburger, Hohenzollern und die Romanow haben erst durch den Krieg die Legitimation verloren, ihre Länder zu regieren. Und eines wurde klar: die Auswirkungen eines Krieges sind nicht vorhersehbar.

Wenn es während des Ersten Weltkriegs Friedensoffensive gab, wurden diese regelmäßig von jenen verhindert, die auf einen „Siegfrieden“ drängten. So wie Siegfried in der deutschen Heldensage würde auch die deutsche Armee alle Feinde besiegen und den Frieden diktieren. Das erinnert sehr stark an die Aussagen des ukrainischen Präsidenten und seiner Förderer im Westen, dass es „keine Alternative zum Sieg auf dem Schlachtfeld gibt“. Und jene, die ihre Hilfe bis zum Endsieg zu sagen, unterstützen jedenfalls heute die Zerstörung und morgen vielleicht die Zerstückelung der Ukraine. Für das Deutsche Reich wäre wohl jeder Verhandlungsfriede besser gewesen als das 1918 eingetretene Desaster. Wird das auch für die Zukunft der Ukraine gelten?

Der Erste Weltkrieg hat jene Dynastien, die in Österreich- Ungarn, im Deutschen Reich und in Russland seit Jahrhunderten herstellen, ein Ende gesetzt. Nun argumentiert Alan Sked von der

London School of Economics, dass diese Länder vor 1914 eine durchaus gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufweisen konnten und dass es erst der 1914 ausgebrochene Krieg war, der zum Sturz dieser Dynastien führte ((13).

Was Österreich-Ungarn betrifft, so betont Sked, dass unter den Habsburgern ein Rechtsstaat bestand, wesentliche Elemente eines Wohlfahrtsstaates eingeführt wurden und dass die wirtschaftliche Entwicklung, verglichen mit anderen Ländern, positive Ergebnisse aufweisen konnte. Und jene, die für Reformen eintraten, wollten das im Rahmen der gegebenen politischen Strukturen und Institutionen machen. Als Beispiel dafür könnte man Schriften von Karl Renner und die Abhandlung über die Nationalitätenfrage von Otto Bauer anführen.

Im Deutschen Reich war der wirtschaftliche Aufschwung besonders ausgeprägt und die schon von Bismarck gelegten Grundlagen eines Wohlfahrtsstaates waren beispielgebend. Von 1870-1913 ist die deutsche Wirtschaftsproduktion um das Acht-fache gestiegen (verglichen mit einer Verdreifachung in Frankreich). Deutschland erzeugte 1913 mehr Stahl als Großbritannien; in Bereichen wie Chemie, Elektrogeräte oder Feinmechanik wurden Spitzenleistungen erzielt. All diese Beispiele führt Alan Sked an, um aufzuzeigen, dass die beiden Monarchien in Mitteleuropa vor 1914, also vor dem Krieg, nicht dem Untergang geweiht waren, sondern dass es erst der Weltkrieg war, der den Herrscherhäusern ihre Legitimität nahm.

Das gilt auch für das Zarenreich. 1914 hatten sich in Russland 327 ausländische Unternehmen niedergelassen. Ausländische Investitionen trugen wesentlich zur Expansion der russischen Wirtschaft bei. Diese Investitionen waren offensichtlich Ausdruck des Vertrauens, das man im Ausland hinsichtlich einer positiven Entwicklung im Zarenreich hatte. In diesem Sinne äußerte sich auch der britische Botschafter in Sankt Petersburg, der im April 1914 schrieb: „Russland wird bald so mächtig sein, dass wir alles versuchen sollten, seine Freundschaft zu erhalten“.

D.h. nicht, dass es in den drei Monarchien nicht auch große politische und soziale Probleme gegeben hätte. Die Argumentation ist vielmehr, dass es möglich gewesen wäre, diese zu bewältigen und dass es erst der Weltkrieg war, der zum Sturz der Dynastien führte, weil diese ihre Legitimität verloren hatten. Denn, und das zeigt gerade auch der Erste Weltkrieg, ein Krieg hat Folgen, die nicht vorhergesehen werden. Das gilt auch für den Krieg in der Ukraine. Wenn nun führende Exponenten der Europäischen Union einen Kampf bis zum Endsieg, was auch immer das heißt, anstreben, kann das durchaus Folgen haben, die zurzeit niemand bedenkt. Insbesondere kann damit auch ein Verlust der Legitimität der Europäischen Union verbunden sein. Damit läuft die europäische Integrationsgefahr, jene Grundlagen zu verlieren, auf denen sie bisher aufgebaut war.

Anmerkungen:

- (1) Iryna Solomenko; Der Lange Krieg; in Internationale Politik Mai/Juni 2022
- (2) Presseaussendung der EU- Vertretung gesehen vom 10. Jänner 2023
- (3) Idee Europa; Entwürfe zum Ewigen Frieden; Begleitmaterial zur Ausstellung des Deutschen historischen Museum; Berlin 2003
- (4) Economist vom 4. Dezember 2021
- (5) Economist vom 17. September 2022
- (6) Institut der deutschen Wirtschaft; 23. Jänner 2023
- (7) New York Times; 6. Februar 2023
- (8) Economist vom 8. Jänner 2022
- (9) Robert Kagan; The Ghost at the Feast: America and the Collaps of World Order 1900 -1941;
- (10) Die Russen wissen, Putin ist am Ende; in Die Welt vom 10. Jänner 2023
- (11)Philippe Cohen & Elisabeth Lévy; Notre métier a mal tourné ; Paris 2008
- (12)Karl Jaspers; Lebensfragen der deutschen Politik; Deutscher Taschenbuchverlag, München 1963
- (13) Alan Sked; The Decline and Fall of the Habsburg EmpirE 1815-1918; London 2003

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor;
www.wendelinettmayer.at